

Macht der Öffentlichkeitsarbeit und Macht der Medien

Einleitung

Wir müssen uns mit der Tatsache abfinden, daß ein großes Volk in einer äußersten Krisensituation nicht einmal das Minimum notwendiger Information über ein höchst wichtiges Ereignis sicherstellen konnte. Wenn sich *diese* Wahrheit in das Bewußtsein der Menschen eingebrannt hat, werden sie endlich die Nachrichten über andere Ereignisse überprüfen und mit einer gründlichen Untersuchung der *Quellen* der öffentlichen Meinung anfangen. Ein freies Volk muß sicher sein, angemessen informiert zu werden, will es eine freie Regierung erfolgreich kontrollieren können. Es ist eine unerläßliche Aufgabe des zwanzigsten Jahrhunderts, dafür die Voraussetzungen zu schaffen¹. Diese Sätze stammen aus dem Jahr 1920. Sie sind das Fazit einer Analyse der Berichterstattung zur sowjetischen Oktoberrevolution in der amerikanischen Prestigezeitung *New York Times*. Die Untersuchung war eine Gemeinschaftsarbeit des Politikers und Journalisten Walter Lippmann und des Journalisten Charles Merz.

Dem sind folgende Ansichten eines deutschen Politikers gegenüberzustellen. Er äußerte sie im Kreise von Informationsexperten *nach* dem Kernkraftwerksunfall im sowjetischen Tschernobyl: Der Begriff der informierten Gesellschaft ist Jahre alt. Aber wir haben die Methoden unzureichend entwickelt. Wir haben versäumt, die informierte Gesellschaft zu verwirklichen².

1 Walter Lippmann / Charles Merz, A Test of the News, in: The New Republic, 7 (1920) 4, S. 1–42, siehe S. 3; sinngemäße Übertragung ins Deutsche.

2 Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, am 10. Mai 1986 auf der Jahrestagung und Mitgliederversammlung der Deutschen Public Relations-Gesellschaft e. V. (DPRG) – Berufsverband Öffentlichkeitsarbeit in Hamburg; sinngemäße Mitschrift.

Was die unerläßliche Aufgabe des zwanzigsten Jahrhunderts betrifft, stehen wir jetzt, gegen Ende, offensichtlich am Anfang. Heute mehr noch als damals wiegt das Gewicht der Informationen, die wir zum Zeitpunkt des Geschehens *nicht* erhalten haben, schwer, denn ihre »Aktualität« liegt auf der Hand.

Wer sich am grünen Tisch der Wissenschaft auf den Versuch einläßt, Regelmäßigkeiten medialer Informationsverarbeitung zu erfassen, hat es nicht leicht. Da sind zunächst einmal die üblichen Schwierigkeiten, Modell und Sachverhalt, Wahrnehmung und Wahrheit getrennt zu halten und zu vereinbaren. Wir suchen zudem Gewißheit über Zusammenhänge, die sich nach Ansicht der Praktiker offenbar durch Ungewißheit auszeichnen. Nicht nur der amerikanische Journalist Fred Friendly stellte seine Alltagserfahrungen unter den Leitgedanken: »Due to circumstances beyond our control«, Umständen verpflichtet, die *jenseits* unserer Kontrolle sind³. Auch charakterisieren zirkuläre Wendungen von Nachrichtendefinitionen – Aktuelles ist eine Nachricht, eine Nachricht ist, was aktuell ist – erkenntnistheoretische Sackgassen und Fallstricke.

Das Thema beschäftigte das Fach Publizistik- und Kommunikationswissenschaft von Anfang an. In den letzten Jahren dominieren drei konkurrierende Forschungsansätze:

- Gegenüberstellung von Intra- und Extra-Media-Daten und Suche nach ökonomischen Faktoren, die die realisierte Medienberichterstattung erklären sollen⁴.
- Ermittlung journalistischer Kriterien der Selektion und Sinnggebung von Wirklichkeit durch Prüfung hypothetischer Konstrukte, genannt Nachrichtenfaktoren, an Medieninhalten⁵.
- Analyse der Erzählstrukturen von Nachrichten und Darstellung der Elemente, die (fälschlicherweise) suggerieren, daß Nachrichten Wirklichkeit abbilden⁶.

³ Fred Friendly, *Due to Circumstances Beyond Our Control*, New York 1967.

⁴ Insbesondere Karl Erik Rosengren, *International News: Four Types of Tables*, in: *Der Anteil der Massenmedien bei der Herausbildung des Bewußtseins in der sich wandelnden Welt*, Konferenzprotokoll, Internationale wissenschaftliche Konferenz, Sektion Journalistik, VDJ der DDR, AIERI, IX. Generalversammlung der AIERI, Leipzig (DDR), 17. 9.–21. 9. 1974, 2 Bde., Leipzig 1975, Bd. 1, S. 281–288.

⁵ Winfried Schulz, *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung*, Freiburg 1976. Anknüpfend an Johan Galtung / Mari Holmboe Ruge, *The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers*, in: *Journal of Peace Research*, 2 (1965), S. 64–91.

⁶ Peter Dahlgren, *Beyond Information: TV News as a Cultural Discourse*, in: Lars Furhoff / Petti Hemanus (Eds.), *New Directions in Journalism Research*, Stockholm: Journalisthögskolan, Stockholm 1985, S. 80–95 (im Manuskript vervielfältigt).

Die einen Ansätze leiden an der medienzentrierten Betrachtungsweise, die anderen lösen Grundfragen des referentiellen Bezugs, der Beziehung zwischen »Realität« und Medienrealität, unzureichend und unbefriedigend.

Ich habe vorgeschlagen, die entstehenden Probleme zu umschiffen, indem zunächst im größeren Umfang ermittelt wird, *wie Informationen* in Agenturdienste, Hörfunksendungen, Fernsehsendungen, Tageszeitungen gelangen und so *Nachrichten werden*. Daran anschließend wäre dann zu untersuchen, *auf welche Art und Weise die Informationen in den Medien präsent sind*. Das heißt, die Analyse folgt der chronologischen Ordnung der zu analysierenden Vorgänge. Sie sind als Abläufe über mehrere Etappen in der Zeit darzustellen.

Praxisinfiert habe ich ferner angeregt, nicht nur das Tätigkeitsfeld Medienjournalismus, sondern auch das Tätigkeitsfeld Pressearbeit als Teilbereich der Öffentlichkeitsarbeit zu berücksichtigen. Öffentlichkeitsarbeit ist im Gegensatz zum Journalismus als *Selbstdarstellung* partikularer Interessen und speziellen Wissens durch Information definiert. Journalismus kann demgegenüber als *Fremddarstellung* sowie als Funktion des Gesamtinteresses und allgemeinen Wissens gelten. Beide Tätigkeiten zielen auf das Mediensystem und schlagen sich dort nieder. Ihr Zweck ist Erschließung von Wirklichkeit durch Selektion, das heißt Information.

Anknüpfend an Annahmen, die Politikwissenschaftler⁷ empirischen Ermittlungen von Machtverteilungen im Gesellschaftssystem zugrunde legen, können die Beziehungen zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus beim Entstehen und Zustandekommen von Medieninhalten als Einfluß beschrieben werden. Einfluß meint dort eine Verbindung zwischen Handelnden, bei der ein Handelnder den anderen veranlaßt, in irgendeiner Weise zu handeln, in der er sonst nicht handeln würde. Auf die interessierenden Interaktionen übertragen, ist einerseits zu formulieren: Öffentlichkeitsarbeit hat erfolgreich Einfluß geübt, wenn das Ergebnis der Medienberichterstattung ohne diese Einflußnahme anders ausgesehen hätte. Andererseits darf gesagt werden, Journalismus hat erfolgreich Einfluß geübt, wenn das Ergebnis ohne dieses anders ausgefallen wäre. Unter der Voraussetzung, andere Faktoren existierten nicht, ist schließlich eine gegenseitige Abhängigkeit festzustellen: Je mehr Einfluß Öffentlichkeitsarbeit ausübt, um so weniger Einfluß kommt Journalismus zu und umgekehrt.

Dieser Vorschlag, Einfluß als relative Änderung der Wahrscheinlichkeit eines Entscheidungsausganges zu fassen, erscheint aus zwei Gründen fruchtbar. Einmal ermöglicht er, das Untersuchungsproblem auch dahingehend zu vereinfachen und zu präzisieren, daß Vorstellungen vom »werbenden Charakter« publizistischer Aussagen, wie sie beispielsweise das Bundesverfassungsgericht bei der Beurteilung von Öffentlichkeitsarbeit der Staatsorgane beschäftigte⁸, daß Irritationen

⁷ Robert A. Dahl, *Modern Political Analysis*, Englewood Cliffs / New Jersey 1976².

⁸ Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 zur Öffentlichkeitsarbeit von Staatsorganen in Bund und Ländern. Dokumentation des Verfahrens und Materialien, hrsgg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe 1978.

durch bislang diffuse Vor-Urteile zu persuasiven Absichten und entsprechenden Wirkungen zunächst ausgeklammert bleiben können. Sie lassen sich dann selbst zur Diskussion stellen. Darüber hinaus erscheint die Frage nach relativen »Einflüssen« problemadäquat, weil in den räumlich-zeitlich beschränkten Medien und ihren Produkten eine Entscheidung für eine Information immer zugleich gegen eine andere gerichtet sein muß. Es wird also gesehen, daß die Leistungsfähigkeit der Medien immer begrenzt ist.

In den folgenden Abschnitten soll gezeigt werden, welche Perspektiven die dargestellten Denkmittel bei der Beschreibung, Erhellung und Kontrolle tagesbezogener Informationsprozesse via Massenmedien, bei der Analyse der *Informationsverarbeitung* durch das Mediensystem also, eröffnen. Entsprechend den bisherigen Darlegungen sind dabei zuerst Probleme der *Informationsbeschaffung* und danach Fragen zur *Informationsbearbeitung* zu behandeln.

Zur Macht der Öffentlichkeitsarbeit

Sucht man in einem ersten Annäherungsversuch an die *Handlungsspielräume* nach Normen, die sich als verbindlicher Maßstab auf Informationsinhalte anwenden ließen, dann muß man zunächst einmal feststellen, daß es sie nicht gibt. Die Frage, worüber Medienjournalisten täglich berichten sollen und worüber nicht, bleibt in der Kommunikationsordnung der Bundesrepublik bewußt offen. Soweit die Verfassung Pressefreiheit garantiert, verbietet sie sogar normative Festlegungen auf definierte Inhalte. Was unsere Kommunikationsordnung regelt, sind strukturelle Rahmenbedingungen für eine Vielzahl unabhängiger Medien, die miteinander im Wettbewerb stehen und so *vielfältige* Informationen gewährleisten sollen. Sie regelt ferner die *Möglichkeit* journalistischer Informationsbeschaffung. Diese Frage liegt sogar sehr nahe, wenn man die zentrale Rolle des Grundsatzes Öffentlichkeit als Prinzip und Methode im Legitimationsgebäude unseres Staates berücksichtigt.

Folglich fand die Einsicht, daß eine freie Presse – Hörfunk und Fernsehen sind eingeschlossen – besondere Zugangsrechte erhalten muß, seit der Besatzungszeit Eingang in Landespressegesetze. Insbesondere der Auskunftsanspruch gegenüber Behörden reicht über die jedem einzelnen Bürger zustehenden Informationsrechte hinaus und schafft so einen gewissen »Spielraum« für Medienjournalisten. Er ermöglicht den Medien, passiver Übermittler von öffentlichen, das heißt jedermann prinzipiell, aber nicht de facto zugänglichen Meinungen und Nachrichten zu sein und gleichsam zur quantitativen Erweiterung der Umwelt beizutragen. Die Medien können sich darüber hinaus, und darauf kommt es hier zunächst an, aktiv an der Erschließung von Informationen beteiligen. Im Sinne einer qualitativen Erweiterung der Umwelt können sie die notwendige Publizität von Verwaltungshandeln schaffen, mit der wir rechnen.

Im Unterschied zum politischen, zum »öffentlichen« Raum charakterisieren den privaten, und das sind oft der wirtschaftliche und der gesellschaftliche, fehlende oder begrenzte Publizitätsverpflichtungen. Es besteht »kein« journalistischer Auskunftsanspruch. Folglich wird unsere Gesellschaft gegenwärtig unterschiedliche Veröffentlichungsleistungen, d. h. unterschiedliche »publizistische« Leistungen, erwarten und wünschen. Damit ist der öffentliche Raum, und nur dieser, als Handlungsfeld abgesteckt, auf dem Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus gleichartig und unter gleichen Bedingungen agieren können. Diese Darstellung gründete auf der Annahme, daß Normen Wirklichkeit vorzeichnen und folglich auch der adäquaten Beschreibung und Interpretation von Wirklichkeit dienen werden.

Inwieweit diese Annahme »realistisch« ist, läßt sich in einer weiteren Annäherung an *Handlungsziele und -entwürfe* ermitteln: Öffentlichkeitsarbeiter sehen Journalisten eher als Partner. Journalisten sehen Öffentlichkeitsarbeiter eher als Kontrahenten⁹. Seit der ersten großen Repräsentativbefragung von Redakteuren, Ressortleitern und Chefredakteuren publizistisch selbständiger Regionalzeitungen durch das Institut für Demoskopie Allensbach (1969)¹⁰ zeichnen die befragten Personen das Bild des Journalisten als einen überwiegend kreativ Tätigen, einen kritischen Meinungsbildner, einen Schreiber und Initiator von Themen. Auch bezogen auf den Berufsalltag zeigten sich Redakteure schon damals durchweg überzeugt, »gute Ideen für ein Thema« generell realisieren zu können. Diese Befunde harmonisieren mit allen späteren Untersuchungsergebnissen zum Legitimations- und Verantwortungsbewußtsein von Tageszeitungs-, Hörfunk- und Fernsehredakteuren. Generell erhellen sie, daß sich Journalisten hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Funktion als Gegeneliten zu Machtgruppen in Politik, Verwaltung und sogar Wirtschaft einstufen. Wenn die Annahme zuträfe, daß Einstellungen Verhalten determinieren, dann wäre die Gesamtheit dieser Befunde dahingehend zu interpretieren, daß journalistischer Einfluß ausgeprägt und daß normengerechtes journalistisches Handeln (mindestens) gesichert ist.

Die Abhängigkeit vom Untersuchungsobjekt durch die gewählte Befragungsmethode setzt der Interpretation der Befunde allerdings Grenzen. Insofern erscheint es geboten, sich auch noch mit *Handlungsergebnissen*, d. h. mit überprüfbareren Leistungen zu befassen, wobei die Beschränkung auf eigene Untersuchungen erlaubt sei¹¹.

9 Zuletzt Lillian Lodge Kopenhagen / David L. Martinson / Michael Ryan, How Public Relations Practitioners and Editors in Florida view each other, in: Journalism Quarterly, 61 (1984), S. 860–865 und 884.

10 Rüdiger Schulz, Entscheidungsstrukturen der Redaktionsarbeit. Eine vergleichende empirische Analyse des redaktionellen Entscheidungshandelns bei regionalen Abonnementzeitungen unter besonderer Berücksichtigung der Einflußbeziehungen zwischen Verleger und Redaktion, Rer. pol. Diss. Mainz 1974. Dort findet sich eine Veröffentlichung der Befragungsergebnisse.

11 Barbara Baerns, Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluß im Mediensystem, Köln 1985.

Untersuchungsobjekt im engeren Sinne war das Zusammenspiel von Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus im gesamten nordrhein-westfälischen Mediensystem. Landespolitik als Themenkomplex beleuchtete einen *bestimmten* Kommunikationsraum. Dieser ist journalistischer Informationsbeschaffung oder Recherche ja prinzipiell zugänglich. Im Verlauf der zweimal über je einen Monat im Zentrum einer Legislaturperiode durchgeführten Analysen wurden sämtliche landespolitischen Medienbeiträge mit den vorher strukturierten Quellen konfrontiert. Dem Konto Journalismus bzw. journalistischer Recherche wurde jeder Beitrag, der nicht anders erklärt werden konnte, gutgeschrieben.

Ein solcher Ansatz, das dürfte bereits deutlich geworden sein, löst sich aus der Perspektive des Lesers, Hörers, Sehers, das heißt des Rezipienten, um sich dem Produktionszusammenhang zuzuwenden. Das Vorhaben steht und fällt mit der *Möglichkeit der Wissenschaftler, in jenen normalerweise nicht jedermann zugänglichen Bereich des Entstehens und Zustandekommens von Medieninhalten vorzudringen*. Erst durch den Zugang zu den Quellen war Selbstdarstellung durch Information unvermittelt zu erfassen und konstant zu halten, und nur auf dieser Grundlage war das Ergebnis des Zusammenspiels von Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus in einem festgelegten, durch forschungsstrategische und -ökonomische Vorentscheidungen möglichst wenig manipulierten Zusammenhang zu beobachten.

Unter den charakterisierten Voraussetzungen zeigten sich in den Leistungen der einzelnen Medien, seien es Nachrichtenagenturen oder Massenmedien, Druck- oder Funkmedien, öffentlich-rechtliche oder privatwirtschaftlich organisierte Einrichtungen, konstant hohe Anteile von Beiträgen, die auf Öffentlichkeitsarbeit zurückgehen. Rund zwei von drei Beiträgen stellten Ergebnisse von Pressemitteilungen und Pressekonferenzen dar. Journalistische Recherche fiel nicht ins Gewicht. Auch journalistische Nach- oder Zusatzrecherche trat innerhalb der quellenarmen Beiträge wenig hervor. Die Quelle Öffentlichkeitsarbeit war in der Berichterstattung der einzelnen Medien nahezu gleichmäßig verteilt, und zwar in zwei unabhängigen Untersuchungszeiträumen. Je mehr Beiträge zur Landespolitik irgendein Medium verbreitete, um so mehr Pressemitteilungen und Pressekonferenzen wurden reproduziert. Je weniger Beiträge, um so weniger. Der Einfluß der Öffentlichkeitsarbeit zeigte sich homogen. Er dominierte nicht nur einzelne Agenturdienste oder die Agenturen, einzelne Tageszeitungen oder die Tagespresse, einzelne Hörfunk- und Fernsehsendungen oder den Rundfunk, sondern das gesamte Mediensystem: Öffentlichkeitsarbeit hat die *Themen* der Medienberichterstattung unter Kontrolle. Öffentlichkeitsarbeit hat indirekt auch das *Timing* unter Kontrolle; denn die Informationen wurden grundsätzlich prompt weitergegeben.

Will man vorläufig zusammenfassen, dann haben unter dem dargestellten Modell unterschiedliche Methoden zu durchaus unterschiedlichen Befunden geführt: Die interpretativ gewonnenen Handlungsspielräume und -erwartungen und die Befra-

gungsergebnisse insbesondere journalistischer Selbsteinschätzung stimmen relativ gut überein. Doch beides widerspricht den durch teilnehmende Beobachtung und inhaltsanalytisch ermittelten Tat-Sachen (im wahren Wortsinne). Journalisten können etwas tun, sie meinen etwas zu tun, aber es kommt, generell unbeachtet aber jetzt offensichtlich, im einzelnen und insgesamt etwas anderes dabei heraus.

Die Befunde demonstrieren die Macht der Öffentlichkeitsarbeit. Nicht-suchen-Müssen gilt auch in anderen Konzepten als Faktor der Autonomiebeschränkung.

Tageszeitungsleser, Hörfunkhörer, Fernsehzuschauer konnten die starke Anlehnung der Medien an diese Quellen nicht durchschauen. Von Agenturen in jedem zweiten Falle identifiziert, wurden sie von den Massenmedien nur noch spärlich offengelegt. Das hat gravierende Folgen: Bekanntlich werden Rezipienten Medieninformationen nicht immer am Maßstab persönlicher Erfahrungen, persönlichen Wissens und persönlichen Zugangs zum behandelten Problemkreis überprüfen können. Unter dieser Bedingung besitzt die vergleichende Schlußfolgerung eine Schlüsselfunktion als Mittel des Erkennens. Der Vergleich verschiedener Medieninhalte dient dann genaugenommen als *einzig* Kontrollmaßstab des Rezipienten. Und die praktische Forderung nach einer Vielzahl unabhängiger Medien ist aufgrund solcher Erwägungen »ein Mittel der Wahrheitsfindung«¹².

De facto haben es aber Tageszeitungsleser, Hörfunkhörer, Fernsehzuschauer, die sich mehrerer Medien bedienen, nicht mit Übereinstimmungen bzw. Nichtübereinstimmungen als Folgen unabhängiger Umweltbeobachtungen und -reduktionen zu tun, sondern mit Übereinstimmungen, die aus Vielfältigkeit und schnellstmöglichem Umschlag ein und derselben Quellen resultieren. Dennoch bleibt die *Fiktion* einer Kontroll- und Orientierungsmöglichkeit durch Medienvergleich in dem Maße erhalten, in dem die Quellen der Medienberichterstattung nicht transparent sowie Arbeitsweisen und mechanische Gesetzmäßigkeiten des Mediensystems undurchschaubar bleiben. Solche Betrachtungen und Überlegungen enthüllen gleichzeitig, welcher Täuschung Wissenschaftler erliegen können, die ihre Schlüsse aus Übereinstimmungen bzw. Nichtübereinstimmungen von Medieninhalten ableiten, ohne die Entstehungsbedingungen zu bedenken!

Zur Macht der Medien

Die bisher vorgetragenen Interpretationen und Folgerungen scheinen auf den ersten Blick unvereinbar mit eigenen und fremden Erfahrungen und Befunden, wonach Politiker und Informatoren, wonach Akteure und Medienobjekte die Massenmedien tadeln und fürchten, und das heißt ja wohl: ernst nehmen. Eine

12 Franz Ronneberger, Kommunikationspolitik I. Institutionen, Prozesse, Ziele, Mainz 1978, S. 229.

Repräsentativbefragung des Achten Deutschen Bundestages¹³ zum Beispiel beweist, daß sich viele Abgeordnete durch Presseberichte beleidigt und durch Hörfunk und Fernsehen desavouiert fühlen. Über die Fraktionen hinweg nehmen sie die Berichterstattung über die jeweils eigene Partei als negativ kritisch wahr. Desgleichen zeigen teils veröffentlichte, teils unveröffentlichte Umfragen unter Wissenschaftlern unterschiedlicher Forschungseinrichtungen¹⁴, daß Mehrheiten der Wissenschaftler mit den Medien eine »eher schlechte« oder »eher gemischte« Erfahrung gemacht haben, während Minderheiten der Befragten, über deren Forschungsarbeit mindestens einmal berichtet worden ist, bestätigen, diese Berichterstattung sei »im allgemeinen zutreffend« gewesen.

Angloamerikanische Untersuchungen zur Genauigkeit der Medienberichterstattung¹⁵ zeigen seit 1936 bis in die Gegenwart hinein ähnliche Ergebnisse. Nach einem immer wiederkehrenden Forschungsdesign werden Personen oder Personengruppen, über die berichtet worden ist, dort aufgefordert, am Bericht formale Fehler zu benennen sowie nicht näher spezifizierte – und mit Befragungsmethoden auch nicht näher spezifizierbare – »Errors in Meaning« aus der subjektiven Einschätzung des Betroffenen zu bezeichnen.

Demgegenüber eröffnen Forschungsdesigns wie das hier erläuterte eine Perspektive, die es erlaubt, Sinn- und Bedeutungsfehler zu objektivieren, zu präzisieren und Ursachen zu entfalten. Sobald Pressemitteilungen und Pressekonferenzen als Bezugspunkte außerhalb des Mediensystems vorhanden sind, ist es möglich, die Zirkulation jedes Einzelfalls durch das Mediensystem abzubilden. Auf dieser Grundlage kann dann untersucht werden, ob und wie sich die »Medienlogik« auf die Logik des *schon als Text vorgegebenen* Sachverhalts bedeutungsverändernd auswirkt. Ferner ist nachvollziehbar, wie und warum diese Fehler zustande kommen. Die Erkenntnismöglichkeiten dieser Betrachtungsweise soll kurz der Fall aus der bereits zitierten eigenen Untersuchung verdeutlichen, über den in zwei Untersuchungszeiträumen über je einen Monat am häufigsten berichtet worden ist (vgl. *Tabelle 1*). Dabei werden medienübergreifend lediglich Folgen

13 Hans Mathias Kepplinger / Jürgen Fritsch, Unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Abgeordnete des 8. Deutschen Bundestages berichten über ihre Erfahrungen im Umgang mit Journalisten, in: *Publizistik*, 26 (1981), S. 33–55.

14 Hans Peter Peters / Jens Krüger, Der Transfer wissenschaftlichen Wissens in die Öffentlichkeit aus der Sicht von Wissenschaftlern. Ergebnisse einer Befragung der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Kernforschungsanlage Jülich, Jülich 1985; Jens Krüger, Wissenschaftsberichterstattung in aktuellen Massenmedien aus der Sicht der Wissenschaftler. Ergebnisse einer Befragung der Professoren der Johannes Gutenberg-Universität, Magisterarbeit (Institut für Publizistik, Mainz), Mainz 1986 (im Manuskript vervielfältigt).

15 Zuerst: Mitchell V. Charnley, Preliminary Notes on a Study of Newspaper Accuracy, in: *Journalism Quarterly*, 13 (1936), S. 482–490; zuletzt: Larry L. Burriss, Accuracy of News Magazines as Perceived by News Sources, in: *Journalism Quarterly*, 62 (1985), S. 824–827.

Tabelle 1: Genretypische Bearbeitung des Themas Ausländerstatistik im nordrhein-westfälischen Mediensystem (Zahl der Beiträge)

Genres (Stilformen)	Primärmedien		Sekundärmedien		Insgesamt
	Agenturen	Presse	Hörfunk	Fernsehen	
Meldung	7	30	4	3	44
Meinung		7	1		8
Dokumentation*	3	2	2		7
Zahl der Beiträge	10	39	7	3	59

* hier: Pressestimmen, Interview, Gespräch am Runden Tisch, Leserbriefaktion

journalistischer Informationsbearbeitung durch Kürzen in Verbindung mit dem Argumentationsprinzip Climax First berücksichtigt.

Der Sachverhalt¹⁶: Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen erarbeitete 1977 im Auftrage des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum ersten Male einen Zahlenspiegel »ausländische Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen (1977)«. Die Analyse stützte sich im wesentlichen auf Daten des Ausländerzentralregisters in Köln sowie auf Volkszählungsergebnisse. Sie schaffte statistische Einblicke in die Lage der Ausländer im Lande, in den Regierungsbezirken, in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt. Die Untersuchung wird seitdem regelmäßig jährlich wiederholt. Ein Jahr zuvor war die Situation der Ausländer allein in der Stadt Duisburg ermittelt und vorgestellt worden. Der hier zur Debatte stehende Zahlenspiegel kam 1978 als ein 122 Seiten umfassendes Druckwerk heraus. Der Band besteht aus einem Vorwort, aus Tabellen und grafischen Darstellungen. Das Datenmaterial umfaßt den Zeitraum von 1970 bis 1976 und bearbeitet folgende Schwerpunkte:

- Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (1),
- Bevölkerungsbewegung (2),
- Gesundheitswesen (3),
- Rechtspflege (4),
- Bildung (5)
- Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Arbeitsvermittlungen, Anträge auf Arbeitserlaubnis, Kindergeldberechtigte und Kindergeldzahlungen (6).

Erst im April 1978 stellte der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Friedhelm Farthmann, der Landespressekonferenz Nordrhein-Westfalen e.V. die Untersuchung vor. Die Pressekonferenz am

16 Vgl. Fallstudie zur Medienberichterstattung. Dokumentation, Bochum 1985 (im Manuskript vervielfältigt).

10. April 1978 verlief wie üblich: Begrüßung durch den Vorsitzenden, Ausführungen des Ministers, Fragen der Journalisten zum Thema, Fragen zu anderen Themen, sämtliche Ausführungen zur freien Verfügung.

Im einzelnen wies Farthmann darauf hin, daß die Zahlenanalyse Behörden, Politikern, Verbänden und anderen interessierten Institutionen dabei helfen soll, alle Maßnahmen zur gesellschaftlichen Eingliederung der ausländischen Wohnbevölkerung und zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse gezielter als bisher auf die Bedürfnisse dieser Gruppe abstimmen zu können. Er stellte dann heraus, daß Nordrhein-Westfalen als *erstes* Bundesland das Ausländerzentralregister in Köln ausgewertet habe. Farthmann verbalisierte und interpretierte die vorgelegten Statistiken. Er folgte inhaltlich und zum Teil wörtlich einer in seinem Hause erarbeiteten Pressemitteilung, die den Journalisten zusammen mit der Originalpublikation vorlag. Bei den einzelnen Informationsblöcken verwies er zusätzlich, und das jeweils mit Seitenangaben, auf die zugrundeliegenden tabellarischen und grafischen Umsetzungen im Hauptwerk Zahlenspiegel. Auf diese Weise behandelte er die folgenden Unterthemen:

- Ausländeranteile und regionale Konzentration (1)
- Altersstruktur (1)
- Schulsituation (5)
- Geburten und Sterbefälle (2)
- Wanderungsbewegungen, Wanderungsgewinn und -verlust (2)
- Arbeitslosenquote (6).

Die Gliederung entsprach den Zwischenüberschriften der Pressemitteilung. Sie differenzierte gleichrangig zwischen den folgenden Aspekten:

- 32,5 Prozent der Ausländer sind Türken (1),
- nur 41,3 Prozent erfüllten die Berufsschulpflicht (5),
- fast jedes fünfte Neugeborene ist ein Ausländerkind (2),
- seit 1973 gibt es über 50 Prozent weniger Ausländer in Nordrhein-Westfalen (2),
- die Arbeitslosenquote der Ausländer liegt mittlerweile bei 6,5 Prozent (6).

Damit referierte der Minister über fünf Themenschwerpunkte. Sie entstammen vier Kapiteln des Zahlenspiegels. Die dort gleichfalls behandelten Unterthemen Ausländer im Gesundheitswesen (3) und Ausländerkriminalität (4) wurden auf der Pressekonferenz nicht thematisiert. Sie tauchten im übrigen auch später in der Medienberichterstattung nicht wieder auf.

Im Anschluß an den Vortrag des Ministers stellten die Journalisten Fragen zu Koranschulen, zur Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium, zu neuen Ausländerzahlen, zur Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung, zur Mitfinanzierung deutscher Renten durch Ausländer, zum Kindergeld, zur Rückwanderung

der Alten. Ferner sollte der Minister die Ausländerkonzentration in bezug auf die einzelnen Städte beurteilen und erläutern, inwieweit die in der früheren Duisburger Studie formulierten Probleme auf alle Städte zutreffen. Die Zusatzfrage: »Herr Minister, halten Sie an Ihrer damaligen Aussage fest, sind Sie nach wie vor der Ansicht, daß die Aufnahme der Türkei in die EG mit voller Freizügigkeit nicht möglich ist?«, wurde von Farthmann ausführlich bejaht.

Die Berichterstattung setzte unmittelbar nach Abschluß der Pressekonferenz ein (vgl. Tabelle 2): zuerst durch die Agenturen, dann durch die Funkmedien, dann durch die Presse. Nur zwei publizistische Einheiten Nordrhein-Westfalens, die *Siegener Zeitung* und das DKP-Organ *Unsere Zeit*, berichteten nicht. Im Fernsehen nahmen die *Letzten Nachrichten* im Dritten Programm, die *Tagesthemen*, *heute* und *heute journal* das Thema nicht auf.

Bei der Analyse der Medienbeiträge fällt auf, daß nicht nur die Bereiche Gesundheit und Kriminalität fehlen. Auch die Möglichkeiten regionaler Aktualisierung durch Vermittlung der im Zahlenspiegel ja vorhandenen Angaben zur Situation im jeweiligen Verbreitungsgebiet werden kaum genutzt. Durchaus in Analogie zum früher Behandelten begnügten sich die Massenmedien damit, *zufließende* Informationen verkürzt weiterzugeben. Als Aufmacher der Seite 1 und auch unter Beachtung der im folgenden nicht näher berücksichtigten Kommentare berichteten die publizistischen Einheiten *Rheinische Post* (Düsseldorf), *Kölner Stadt-Anzeiger* (Köln), *Westdeutsche Allgemeine* (Essen), *Westfälische Rundschau* (Dortmund) und *Ruhr-Nachrichten* (Dortmund) am umfangreichsten. Die kürzeste Meldung fand sich jeweils in der Boulevardzeitung *Express* und in der auflageschwächsten publizistischen Einheit Nordrhein-Westfalens, der *Honnefer Volkszeitung*. Sie umfaßte jeweils sieben Zeilen und lautete: »Türken-Stopp. Düsseldorf, 11. April. Vor der Aufnahme der Türkei in die Europäische Gemeinschaft warnt Nordrhein-Westfalens Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann. Die Folge wäre freies Zuzugsrecht für türkische Arbeitnehmer. Die Türken stellen mit 32,5 Prozent den größten Ausländer-Anteil in NRW«¹⁷.

Während Buch, Pressekonferenz und in unserem Falle auch Pressemitteilung die verschiedenen Aspekte des Themas gleichrangig hintereinandergestellt haben, muß der Medienbericht nach dem Climax-First-Prinzip einen Aspekt herausstellen, das heißt gewichten, deformieren, *wesentlich* ändern. In *welchem* Sinne er verformt und verändert wird, entscheidet der einzelne Journalist frei und unabhängig. Überprüft man daraufhin sämtliche Tageszeitungs-, Hörfunk- und Fernsehberichte und -meldungen zur Ausländerstatistik, dann ergibt sich, daß tatsächlich im unterschiedlichen Sinne gewichtet worden ist. Die ermittelten Aufhänger lassen sich drei Gruppen zuordnen:

17 Türken-Stopp, in: Honnefer Volkszeitung vom 11. April 1978, S. 1; Türken-Stopp, in: Express vom 11. April 1978, S. 2.

Tabelle 2: Zirkulation des Themas Ausländerstatistik im nordrhein-westfälischen Mediensystem
[Zahl der Beiträge > 1]

10. April	11. April	12. April
Inw [3]	Westdeutsche Allgemeine [4]	Hellweger Anzeiger
ddp [3]	Express	Kölnische Rundschau
Zwischen Rhein und Weser (WDR II)	Rheinische Post [2]	Westfalen-Blatt
Nachrichten aus NRW (WDR II)	Kölnische Rundschau	Kölner Stadt-Anzeiger
Nachrichten 17.00 (WDR II)	Westdeutsche Zeitung	
Nachrichten 19.00 (WDR I)	Ruhr-Nachrichten [3]	
Nachrichten 19.00 (WDR II)	Kölner Stadt-Anzeiger [2]	
journal 3 (III. Programm)	Die Welt	
Hier und Heute (I. Programm)	Westfälische Rundschau [3]	
Tagesschau 20.00 (I. Programm)	Neue Westfälische	
	Neue Ruhr Zeitung	
	Westfälische Nachrichten	
	Westfalen-Blatt	
	Aachener Volkszeitung	
	Westfälischer Anzeiger	
	Recklinghäuser Zeitung	
	Münstersche Zeitung	
	Generalanzeiger	
	Die Glocke	
	Aachener Nachrichten	
	Lüdenscheider Nachrichten	
	Mindener Tageblatt	
	Iserlohner Kreisanzeiger und Zeitung	
	Honnefer Volkszeitung	
	dpa	
	Nachrichten/Kommentar (WDR III)	
13. April	14. April	20. April 1978
Westdeutsche Allgemeine	Forum West (WDR III)	Westdeutsche Allgemeine

- (erstmal) ein Zahlenspiegel zur Situation der Ausländer,
- keine Freizügigkeit für Türken in der EG,
- sonstiges (Einzelbefunde).

Die große Mehrzahl der insofern übereinstimmenden Berichte stellte entweder die Zeile »Keine Freizügigkeit für Türken in der EG« oder die Zeile »Erstmal Zahlenspiegel zur Situation der Ausländer« heraus. Das wären nach übereinstimmenden Auffassungen der Journalisten offensichtlich die wichtigsten Aspekte des Ereignisses gewesen. Ein systematischer Zusammenhang des einen oder anderen »Konsenses« mit politischen Orientierungen bzw. mit redaktionellen Linien der Medieneinrichtungen ließ sich nicht feststellen. Ein systematischer Zusammenhang des einen oder anderen »Konsenses« mit den jeweils vorhandenen Nachrichtenagenturen lag indessen nachweislich vor: Die berichtenden Nachrichtenagenturen lösten das Strukturproblem Climax First unterschiedlich. Beide ermittelten ihren Aufhänger nicht aus dem Zahlenspiegel und nicht aus der Pressemitteilung. Sie übernahmen als Aufhänger Aussagen des Ministers während der Pressekonferenz:

- Der Landesdienst Nordrhein-Westfalen (Inw) der Deutschen Presseagentur GmbH hob die Zeile »Ausländerproblematik: erstmals umfassende Zahlenanalyse« hervor, ein Aufhänger, den der Minister auf der Pressekonferenz gleichsam angeboten hatte. Auf denselben Sachverhalt wies dann auch der dpa-Basisdienst in einer weiterhin verkürzten Fassung am nächsten Tage als erstes hin.
- Der Deutsche Depeschendienst (ddp) stellte demgegenüber die folgenden Zeilen heraus: »Freies Zuzugsrecht für Türken absolut undenkbar. Farthmann gegen volle Aufnahme der Türkei in die Europäische Gemeinschaft«. Auch dieser Sachverhalt ist der Pressekonferenz entnommen, denn Farthmann war ja in einer Zusatzfrage auf seine Haltung angesprochen worden, die er vor einem Jahr im Zusammenhang mit der Situation der Ausländer in der Stadt Duisburg artikuliert hatte.

Zehn von fünfzehn Redaktionen, die ddp erhalten¹⁸ und die Wahl hatten, entschieden sich für diesen Aufhänger. »Media are not anti-politician, anti-German, anti-business, anti-American etc. – they are just pro-drama...«¹⁹.

Die Argumentationsweise unter dem Einfluß der Nachrichtenagentur ddp ist vom Urheber des Ereignisses, Minister Farthmann, als Verfälschung (»Error in Meaning«!) empfunden worden, was ein auf ein zusätzliches Interview mit dem Minister zurückzuführender Bericht in der *Kölnischen Rundschau* (Köln) manifestiert. Der

¹⁸ Vgl. Barbara Baerns (Anm. 11), S. 50 ff.

¹⁹ Frei nach Herbert Altschull, Journalists are'nt Anti-Business – They're just Pro-Drama, in: *Business Horizons*, 25 (1982) 5, S. 2–6.

Bericht trägt die Überschrift »Farthmann weist Verdacht der Fremdenfeindlichkeit von sich. Ausländer-Analyse: den Türken keine Türken bauen«. Er erschien tags darauf, am 12. April²⁰. Doch ist festzuhalten, daß die Berichterstattung keinesfalls gegendarstellungsfähig gewesen wäre. Das Recht auf Gegendarstellung besitzt der Betroffene, wenn falsche Tatsachen behauptet worden sind. Hier sind Tatsachen behauptet worden; aber die waren richtig! Es ging *nur* um die Folgen der Gewichtung.

Während Öffentlichkeitsarbeit, so ist zusammenzufassen, die Macht hat, Themen und Timing der Medienberichterstattung zu bestimmen, hat Medienjournalismus offensichtlich Macht bei der bedeutungsändernden Informationsbearbeitung. Sie geschieht mit dem Eintritt ins Mediensystem wahrscheinlich weitgehend schon durch die Agenturberichterstattung. Doch erscheinen voreilige Generalisierungen unangemessen, solange die skizzierten Phänomene nicht medienübergreifend, medienspezifisch, genrespezifisch und fallbezogen genauer untersucht worden sind. Wie mit Hilfe des vorgestellten Forschungsdesigns nachgewiesen werden konnte, liegt die »Macht der Medien« *in den Grenzen der Informationsbearbeitung*. Das allerdings ist festzuhalten.

Weil wir uns eingangs *nicht* darauf eingelassen hatten, persuasive Absichten und Intentionen als Interpretationsfolie zu unterstellen, ist es aus der Distanz von Schlußsätzen des weiteren möglich, folgende Fragen zu stellen: Entsprechen die dargestellten Auswirkungen den Intentionen von Journalisten? Entsprechen die dargestellten Auswirkungen den Intentionen der Öffentlichkeitsarbeit? Entsprechen die dargestellten Auswirkungen unser aller Erwartungen?

20 Farthmann weist Verdacht der Fremdenfeindlichkeit von sich. Ausländer-Analyse: Den Türken keine Türken bauen, in: Kölnische Rundschau vom 12. April 1978, S. 4.